



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 158 vom 16.07.2010

Rot-Rote Landesregierung plant Entnahme aus Rücklagen der Hochschulen

Schierack: „Gefahr für den Hochschulstandort Brandenburg“

Der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, **Prof. Dr. Michael Schierack**, hat die rot-rote Landesregierung davor gewarnt, den Etat für Wissenschaft und Kultur als Steinbruch zum Stopfen von Haushaltslöchern zu verwenden. Er bezeichnete es als unhaltbar, dass das Finanz- und Wissenschaftsministerium eine Rückführung von 10 Millionen Euro aus den Rücklagen der Hochschulen in den Landeshaushalt plane. Dies widerspräche allen vormaligen Aussagen und Absprachen, sagte der CDU-Wissenschaftsexperte.

„Nach wenigen Monaten im Amt hat die rot-rote Landesregierung auch in diesem Bereich endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren. Mit der geplanten Rückführung wird eine Verbesserung der Studienbedingungen nachhaltig erschwert. Das gefährdet den Wissenschaftsstandort Brandenburg. Darüber hinaus werden die Hochschulen dafür bestraft, dass sie Rücklagen gebildet haben, um Investitionen tätigen zu können. In Konsequenz wird dies dazu führen, dass die Hochschulen künftig alle Mittel restlos ausgeben werden.“

Schierack erinnerte daran, dass die Hochschulen die Mittel aus den Rücklagen insbesondere dazu benötigen, die Vorgaben aus der von Rot-Rot geplanten Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes umzusetzen. „Auf der einen Seite werden den Hochschulen zusätzliche Aufgaben übertragen und auf der anderen Seite Finanzmittel zur Umsetzung entzogen. Das kann nicht funktionieren“, warnte der CDU-Wissenschaftsexperte. Er forderte Wissenschaftsministerin Martina Münch auf, den Kürzungsplänen entgegen zu treten und ihrer Verantwortung als zuständige Fachministerin gerecht zu werden.

Hintergrund:

Durch die Haushaltssperre Anfang Juni 2010 wurden bereits 2% der Personalkosten der Hochschulen – etwa 4,4 Mio. Euro – für das laufende Jahr gesperrt. Das rot-rote Kabinett hat gleichzeitig die Novellierung des brandenburgischen Hochschulgesetzes vor der Sommerpause beschlossen. Als Folge daraus sollen der Zugang zum Master erleichtert und die Studien- sowie die Teilzeitstudienplätze ausgebaut werden. Durch alle drei Maßnahmen werden deutlich mehr Kapazitäten der Hochschulen gebunden und ein höherer bürokratischer Aufwand erforderlich. Zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Umsetzung sind von der Landesregierung bislang nicht geplant.

Verantwortlich: Patrick Schweitzer, Pressesprecher

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
www.cdu-fraktion-brandenburg.de
fraktion.brandenburg.de

Tel.: 0331 966-14548
Mobil: 0163 6366632
Fax: 0331 966-1407
pressesprecher@cdu-